UMWELTALLIANZ

Standpunkte

Wintersession 2025
Nationalrat



BirdLife Schweiz/Suisse/Svizzera
GREENPEACE
pro natura
SES energiestiftung.ch
Mobilität mit Zukunft VCS
WWF

Impressum

Postgasse 15, Postfach 817, 3000 Bern 8
T 031 313 34 33, info@umweltallianz.ch
www.umweltallianz.ch
Redaktion: Dominik Avdić, Anne Briol Jung

Inhalt

Datum	Nr.	Geschäft	Seite
3. Dezember 2025	25.055	BRG. Abgeltung von Leistungen des regionalen Personenverkehrs (RPV) für die Jahre 2026–2028. Verpflichtungskredit	4
3. Dezember 2025	25.3549	Mo. Broulis. Im Rudel lebender Problemwolf – Handeln muss möglich sein!	6
3. Dezember 2025	25.3715	Mo. Friedli Esther. Abschüsse von Wölfen in Jagdbanngebiete ermöglichen	7
10. Dezember 2025	25.067	BRG. «Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)». Volksinitiative	8
11. Dezember 2025	24.080	BRG. «Für eine Einschränkung von Feuerwerk». Volksinitiative	9
11. Dezember 2025	25.402	pa. Iv. WBK-N. Indirekter Gegenentwurf zur Feuerwerks-Initiative	10
11. Dezember 2025	25.3953	Mo. KVF-S. Alimentierung und Liquidität des Bahninfrastrukturfonds sicherstellen	11
18. Dezember 2025	25.3956	Mo. KVF-N. Anpassung der Schwerverkehrsabgabeverordnung (SVAV)	12
		Zusätzliche Empfehlungen zu traktandierten Geschäften	13
		Empfehlungen für traktandierte Geschäfte gemäss separaten Listen	13

Behandlung **3. Dezember 2025**

25.055 BRG. Abgeltung von Leistungen des regionalen Personenverkehrs (RPV) für die Jahre 2026–2028. Verpflichtungskredit

Einleitung

Mit dem Kredit für den regionalen Personenverkehr kommt der Bund seiner gesetzlichen Verpflichtung nach, sich an den ungedeckten Kosten des Service Public in den Bereichen Regionalzüge, S-Bahnen, Postauto sowie andere Überlandbusse zu beteiligen. Die Kantone leisten mindestens ebenso hohe Beiträge, damit alle Siedlungen angemessen an das öV-Netz angeschlossen sind. Eine Minderheit Jauslin/glp plädiert für einen tieferen Kredit als vom Ständerat beschlossen.

Empfehlung

Die Umweltallianz empfiehlt primär, den Antrag der Mehrheit (=Ständerat) der Minderheit Jauslin (=Bundesrat) vorzuziehen (und sekundär die Minderheit Klopfenstein der Mehrheit vorzuziehen).

Begründung

Der Bundesrat hat die Mittel gegenüber der Vernehmlassungsvorlage um über 100 Millionen Franken reduziert. Dies, obwohl eine Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden eine Erhöhung der Gelder gefordert hat. Der Antrag der Mehrheit liegt nahe am ursprünglichen Vorschlag des Bundesrates und befindet sich damit etwa in der Mitte zwischen der neuen Bundesratsposition und der Mindestforderung der Direktbeteiligten.

Vom Parlament angeforderte Berechnungen zeigen, dass nur mit dieser Erhöhung sichergestellt werden kann, dass kein Angebotsverzicht im Bahn- und Busverkehr notwendig wird.

Betroffen von Minderausgaben beim öffentlichen Regionalverkehr wäre allen voran der sehr ländliche Raum, da dort der Kostendeckungsgrad besonders gering und damit der Abgeltungsbedarf besonders hoch ist. Gesamtschweizerisch ist es dem öffentlichen Regionalverkehr trotz deutlichem Angebotsausbau gelungen, den Abgeltungsbedarf pro gefahrenem Personenkilometer – mit Ausnahme der Pandemiejahre – bei gut 20 Rappen konstant zu halten. Mit dem Vorschlag der Mehrheit kann der Anteil der Kosten, die von den Konsumierenden durch Billett- und Abokäufe getragen werden, zumindest annähernd konstant gehalten werden.

Der Finanzbedarf dieses Kredits ergibt sich im Wesentlichen aus Annahmen zur Kostenentwicklung der Bahn- und Buslinien. Dafür müssen Zahlen aus der jüngsten Vergangenheit herangezogen werden. In diesem Fall handelt es sich um die Pandemiejahre. Dies mag erklären, weshalb sich in den letzten

Monaten gezeigt hat, dass die Annahmen zur künftigen Kostenentwicklung dieses Mal stärker daneben lagen als üblich.

Im Finanzbedarf dieses Kredits schlagen sich neben dem Angebotsausbau auch weitere Entwicklungen nieder, wie zum Beispiel die steigenden Ausgaben für die Barrierefreiheit von Haltestellen, für Echtzeitkundeninformationen, für Cybersecurity, die Umsetzung der sehr deutlich überwiesenen Motion Maret 22.3229 «Touristischer Verkehr. Ein vernachlässigter Bereich im öffentlichen Verkehr» und nicht zuletzt die teilweise Umsetzung des per Anfang Jahr in Kraft getretenen CO2-Gesetzes im Bereich der Elektrifizierung von Busflotten. Anlässlich der Beratungen zu Voranschlag und Entlastungsprogramm 2027 hat oder wird das Parlament die Mittel – obwohl gegenfinanziert – deutlich reduzieren, was die ungedeckten Kosten und damit gemäss Personenbeförderungsgesetz per Definition den Mittelbedarf dieses Kredits erhöht.

Schliesslich sei darauf hingewiesen, dass im Rahmen des Entlastungspakets 2027 schwierige Diskussionen im Bereich des Angebotes des öffentlichen Regionalverkehrs in besonders ländlichen Regionen zu führen sein werden, denen aus unserer Sicht und offenbar auch aus Sicht der Mehrheit nicht vorgegriffen werden soll. Der Bundesrat beantragt Minderausgaben von 60 Millionen pro Jahr.

Eine weitere Minderheit Klopfenstein will das Angebot bis 2028 stärker ausbauen. Damit kann der Anteil des öffentlichen Verkehrs an den zurückgelegten Personenkilometern erhöht werden, was einer Forderung des Parlamentes entspricht.

Kontakt

Verkehrs-Club der Schweiz VCS, Luc Leumann,
luc.leumann@verkehrsclub.ch, M 079 705 06 58

Behandlung **3. Dezember 2025**

25.3549 Mo. Broulis. Im Rudel lebender Problemwolf – Handeln muss möglich sein!

Einleitung

Die Motion fordert, dass das Jagdgesetz angepasst wird, damit einzelne Wolfsindividuen, die zu einem Rudel gehören, auch während der Fortpflanzungszeit geschossen werden können.

Empfehlung

Die Umweltallianz empfiehlt, die Motion abzulehnen.

Begründung

Die Nutztierrisse durch Wölfe gehen seit nunmehr drei Jahren markant zurück. Dessen ungeachtet verlangt die Motion eine erneute Anpassung des Jagdgesetzes (JGS). Die Forderung steht im Widerspruch zur Zielsetzung des Postulats 25.3027 der UREK-N, wonach zuerst Erfahrungen mit dem geltenden Jagdrecht gesammelt und evaluiert werden sollen, ehe das JSG erneut angepasst wird.

Zu einem Rudel gehörige Wolfsindividuen, die Menschen akut gefährden, können schon heute durch die Kantone, ohne vorgängige Zustimmung des Bundes, erlegt werden. Die meisten Nutztierrisse durch Wölfe erfolgen im Sömmerungsgebiet, damit ausserhalb der Fortpflanzungszeit des Wolfes. Um auf diese Ereignisse zeitnah reagieren zu können, besteht die Möglichkeit zur reaktiven Regulierung. Risse in der Landwirtschaftszone erfolgen mehrheitlich ganzjährig durch herumstreifende Einzelwölfe. Diese können auch während der Fortpflanzungszeit erlegt werden, wenn sie erhebliche Schäden anrichten.

Der Abschuss von Wölfen aus einem Rudel zur Fortpflanzungszeit, ausschliesslich wegen Schäden an Nutztieren, ist hingegen unverhältnismässig und tierschutzrelevant, falls das säugende Muttertier oder das Nahrung zutragende Vatertier (versehentlich) erlegt werden. Selbst bei jagdbaren Tierarten und Selbsthilfemassnahmen gegen solche gemäss Art. 12 Abs. 3 JSG gilt der Grundsatz des Elterntierschutzes. Würde die Motion angenommen, wäre der Wolf rechtlich schlechter gestellt als eine jagdbare Tierart. Das würde mit grosser Sicherheit gegen den Volkswillen verstossen. Zudem müsste bei einem solchen Eingriff eine Interessenabwägung erfolgen, und nur, falls das mutmassliche Leid der Nutztiere (trotz Herdenschutzes) jenes der möglicherweise verhungernden Wolfswelpen eindeutig überstiege, würde diese zu Ungunsten der geschützten Tierart Wolf ausfallen

Kontakt Pro Natura, Sara Wehrli, sara.wehrli@pronatura.ch, T 061 317 92 08

Behandlung **3. Dezember 2025**

25.3715 Mo. Friedli Esther. Abschüsse von Wölfen in Jagdbanngebiete ermöglichen

Einleitung

Die Motion fordert, dass das Jagdgesetz angepasst wird, damit Wölfe auch in eidgenössischen Jagdbanngebieten abgeschossen und Wolfsrudel reguliert werden können.

Empfehlung

Die Umweltallianz empfiehlt, die Motion abzulehnen.

Begründung

2022 wurde das Jagdgesetz (JGS) angepasst, um die proaktive Regulierung von Wölfen bei drohendem Schaden oder einer Gefährdung von Menschen zu ermöglichen. Am 1. Februar 2025 ist zudem die revidierte Jagdverordnung in Kraft getreten, die u.a. die Entfernung ganzer Rudel ermöglicht. Die Nutztierrisse durch Wölfe gehen seit nunmehr drei Jahren markant zurück. Dessen ungeachtet verlangt die Motion eine erneute Anpassung des JGS. Diese Forderung steht im Widerspruch zur Zielsetzung des Postulats 25.3027 der UREK-N, wonach zuerst Erfahrungen mit dem geltenden Jagdrecht gesammelt und evaluiert werden sollen, ehe das JSG erneut angepasst wird.

Eidgenössische Jagdbanngebiete bedecken ungefähr 3,6 Prozent der Schweizer Landesfläche. Auf weit über 90 Prozent der Alpen können Wölfe bei Bedarf erlegt und Rudel reguliert werden. Gerade in den Jagdbanngebieten, wo es hohe Bestände an Schalenwild gibt, die den Wald durch Verbiss beeinträchtigen, ist die ökologische Rolle des Wolfes zur Regulierung und besseren räumlichen Verteilung von Hirsch und Co. sehr erwünscht. Diese Gebiete dienen zudem als Fauna-Vorranggebiete vor Störungen aller Art. Bei alljährlich stattfinden Wolfsabschüssen wäre in diesen Gebieten mit einer beträchtlichen Störung zu rechnen, die den Schutzzielen der Ge-biete klar zuwiderläuft.

Im Rahmen der proaktiven Wolfsregulierung wurden im letzten Winter rund 100 Wölfe aus einem herbstlichen Ausgangsbestand von 300 geschossen – also jeder dritte Schweizer Wolf. Das kann als sehr hohe «Erfolgsquote» der Regulierung bezeichnet werden. Jagdbanngebiete haben diese offensichtlich nicht beeinträchtigt, obwohl mindestens 12 der 36 Wolfsrudel (also ein Drittel) ihre Reviere mehrheitlich oder teilweise in eidgenössischen Jagdbanngebieten hatten

Kontakt Pro Natura, Sara Wehrli, sara.wehrli@pronatura.ch, T 061 317 92 08

Behandlung **10. Dezember 2025**

25.067

BRG. «Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)». Volksinitiative

Einleitung

Die Ernährungsinitiative fordert, den Schweizer Selbstversorgungsgrad mit Lebensmitteln von heute rund 46 auf mindestens 70 Prozent zu steigern, die Landwirtschaft ökologisch nachhaltiger zu gestalten, den Anbau von pflanzlichen Lebensmitteln zu fördern sowie Grundwasserressourcen und Bodenfruchtbarkeit zu sichern. Ziel der Initiative ist es, innerhalb von zehn Jahren sauberes Trinkwasser, intakte Ökosysteme und Biodiversität zu gewährleisten.

Empfehlung

Die Umweltallianz empfiehlt, die Volksinitiative abzulehnen und die Minderheit anzunehmen, die mittels eines indirekten Gegenvorschlags verlangt, die zentralen Umweltziele wirksam und systematisch zu stärken.

Begründung

Die Initiative adressiert zentrale ökologische Probleme der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft: Die Umweltallianz begrüsst die inhaltlichen Ziele der Ernährungsinitiative zur Reduktion der übermässigen Nährstoffeinträge, der Belastung des Grundwassers, des Verlusts der Biodiversität und des zu grossen ökologischen Fussabdrucks der Ernährung. Aus politischen Überlegungen lehnt die Umweltallianz die Initiative jedoch ab. Die notwendige Transformation in nur 10 Jahren wäre theoretisch machbar, jedoch nur durch sehr hohe finanzielle Mehraufwendungen. Die Umweltallianz fordert, dass das wichtige Anliegen der Reduktion des ökologischen Fussabdrucks - wie mit Buchstabe b) in der Motion 22.4251 vom Parlament in Auftrag gegeben - in der Agrarpolitik 2030+ (AP 30+) aufgenommen und entlang der gesamten Wertschöpfungskette konsequent sowie ambitioniert umgesetzt wird.

Eine Minderheit der WAK-N schlägt deshalb einen indirekten Gegenvorschlag vor, der den Schutz der Ökosysteme, die Erhaltung der Biodiversität, die Sicherung der Bodenfruchtbarkeit und die Gewässerqualität in den Fokus rückt. Die Umweltallianz unterstützt diesen Minderheitsantrag. Mit der Annahme der Minderheit könnte der Nationalrat ein deutliches Zeichen setzen, dass das Erreichen der Umweltziele und die damit notwendige Reduktion des ökologischen Fussabdrucks wichtig sind und diese Aspekte bei der Umsetzung der AP 30+ konsequent umgesetzt werden müssen.

Kontakt

Greenpeace Schweiz, Barbara Wegmann, barbara.wegmann@greepeace.ch, T 044 447 41 08

Behandlung **11. Dezember 2025**

24.080 BRG. «Für eine Einschränkung von Feuerwerk». Volksinitiative

Einleitung

Die Volksinitiative fordert eine Einschränkung des Verkaufs und der Verwendung von Feuerwerkskörpern, die Lärm erzeugen, wobei Ausnahmen für Anlässe mit überregionaler Bedeutung möglich sind. Dadurch sollen Menschen, Tiere und die Umwelt besser geschützt werden.

Empfehlung

Die Umweltallianz empfiehlt, die Volksinitiative anzunehmen.

Begründung

Eine Einschränkung von Feuerwerk ist aus Sicht der Umweltallianz sachgerecht und dringend erforderlich. Feuerwerk stellt eine nicht unerhebliche Belastung für Umwelt, Tiere und Menschen dar. Die plötzlichen Knallgeräusche lösen bei Tieren Stress und Panikreaktionen aus und beeinträchtigen ihr Wohlergehen stark. Während Tiere bei Gewitter die Druck- und Spannungsänderungen in der Luft spüren und sich darauf vorbereiten können, ist dies bei Feuerwerk nicht der Fall. Neben Heim- und Nutztieren gilt dies auch für Wildtiere und Vögel.

Neben den direkten Auswirkungen auf Wildtiere belasten Feuerwerke die Umwelt durch Abfall und freigesetzten Feinstaub. So entstehen beim Zünden von Feuerwerkskörpern pro Jahr etwa 1300 Tonnen Abfall, die zu einem grossen Teil im öffentlichen Raum und auf landwirtschaftlichen Nutzflächen liegen bleiben. Das Abbrennen generiert jährlich mehrere hundert Tonnen Feinstaub. Dieser gelangt als Niederschlag in Böden und Gewässer. Gleiches gilt für jährlich etwa 100 Tonnen Metalle sowie krebserregende und persistente organische Schadstoffe, die durch Feuerwerkskörper in die Umwelt gelangen – und damit der Natur sowie der menschlichen Gesundheit schaden.

Die Volksinitiative trägt dazu bei, die Belastung für Mensch, Tier und Natur durch Lärm und Schadstoffe massgeblich zu verringern.

Kontakt

BirdLife, Damaris Hohler, damaris.hohler@birdlife.ch, T 044 457 70 42

Behandlung **11. Dezember 2025**

25.402 pa. Iv. WBK-N. Indirekter Gegenentwurf zur Feuerwerks-Initiative

Einleitung

Der indirekte Gegenentwurf verlangt eine Einschränkung von Feuerwerkskörpern, die ausschliesslich Lärm erzeugen (umgangssprachlich «Böller»). Zudem soll die heute bereits bestehende Ausweispflicht für Feuerwerkskörper der Kategorie F4 auf weitere ausgeweitet werden.

Empfehlung

Die Umweltallianz empfiehlt folgendes:

- Annahme des indirekten Gegenentwurfs und Annahme der Minderheiten Baumann (Art. 14 Abs. 2 und Art. 44 Abs. 2 und 3)
- Ablehnung der Minderheit Sauter.

Begründung

Eine Einschränkung von Feuerwerk ist aus Sicht der Umweltallianz sachgerecht und dringend erforderlich (s. Kommentar zur Feuerwerksinitiative).

«Böller» belasten Menschen sowie Heim-, Nutz- und Wildtiere mit unnötigem Lärm. Deren Verbot ist deshalb angezeigt. Sie machen allerdings lediglich einen kleinen Teil der in der Schweiz verwendeten Feuerwerkskörper aus. Wird nur ein Böllerverbot umgesetzt (Minderheit Sauter), wäre der Gegenentwurf daher völlig entwertet.

Um die Lärm- und Schadstoffbelastung tatsächlich massgeblich zu reduzieren, ist auch eine Ausweitung der bestehenden Ausweispflicht auf weitere Feuerwerkskörper wie Raketen oder Batterien vonnöten. Dies würde deren Erwerb reduzieren. Die Minderheit Baumann (Ausweispflicht ab Kategorie F2) stellt einen guten Kompromiss dar, um den administrativen Aufwand gering zu halten und gleichzeitig Mensch, Tier und Umwelt ausreichend vor Lärm und Schadstoffen zu schützen.

Die Minderheit Baumann sieht des Weiteren vor, das Zünden lauter Feuerwerkskörper auf professionelle Feuerwerke bei öffentlichen Anlässen zu konzentrieren. Dadurch lassen sich Lärm und Abfall vorausschauend planen und konzentrieren – während alle, die Feuerwerke weiterhin geniessen möchten, dies weiterhin tun können.

Kontakt

BirdLife, Damaris Hohler, damaris.hohler@birdlife.ch, T 044 457 70 42

Behandlung **11. Dezember 2025**

25.3953 Mo. KVF-S. Alimentierung und Liquidität des Bahninfrastrukturfonds sicherstellen

Einleitung

Der Bund gab letztes Jahr bekannt, dass es bei den bereits beschlossenen Bahnausbauten zu Mehrkosten in der Höhe von bis zu 14 Mrd. Franken kommen könnte. Bundesrat, Ständerat und KVF-N möchten deshalb Massnahmen für die Liquidität und Alimentierung des Bahninfrastrukturfonds BIF, aus dem Ausbau und Unterhalt finanziert werden, ergreifen.

Empfehlung

Die Umweltallianz empfiehlt, wie der Bundesrat, die Mo KVF-S zur Annahme.

Begründung

Ein Teil der Einnahmen des BIF ist aktuell bis 2030 befristet. Der Vorstoss dient auch dazu, mindestens das aktuelle Niveau an Fondseinnahmen und -ausgaben aufrechtzuerhalten.

Die beschlossenen Projekte sind in hohem Masse voneinander abhängig. Ausbauten entfalten nur in Kombination ihren vollen Nutzen, der in Form von Taktverdichtungen, verbesserter Umsteigebeziehungen und neuen Direktverbindungen weit über den Landesteil des Bauprojektes hinausgeht.

Ein Teil der betroffenen Bahnausbauten ist nicht nur durch einen Parlamentsentscheid, sondern auch durch einen Volksentscheid legitimiert. Die Projekte des Strategischen Entwicklungsprogramms STEP Schiene 2025 waren Teil des – von der Bevölkerung deutlich angenommenen – direkten Gegenvorschlags zur zurückgezogenen öV-Initiative des VCS.

Um die Mehrausgaben der bereits beschlossenen Projekte substanziell zu reduzieren, liess der Bund im Rahmen des Expertenberichts Weidmann (Verkehr ’45) prüfen, welche Projekte redimensioniert werden könnten. Dabei hat sich gezeigt, dass Zusatzeinnahmen angebracht sind, um die beschlossenen Projekte mit Abstrichen und einen kleinen Teil der zusätzlichen Projekte in den nächsten 20 Jahren realisieren zu können.

Vier der fünf in der Begründung erwähnten Massnahmen sind vollständig bundeskassenneutral. In naher Zukunft ist die Liquidität des Fonds noch gegeben. Daher zielt der Vorstoss nicht darauf ab, die Reduktion der Einlagen in den Bahninfrastruktur im Voranschlag 2027 zu verhindern, die der Bundesrat im Rahmen des Entlastungsprogramms vorschlägt.

Kontakt

Verkehrs-Club der Schweiz VCS, Luc Leumann,
luc.leumann@verkehrsclub.ch, M 079 705 06 58

Behandlung **18. Dezember 2025**

25.3956 Mo. KVF-N. Anpassung der Schwerverkehrsabgabeverordnung (SVAV)

Einleitung

Der Bundesrat hat im Sommer 2025 die Teilrevision des Schwerverkehrsabgabegesetzes (SVAG) in Auftrag gegeben. Im Rahmen dieser Revision hat die KVF-N eine Anpassung der Schwerverkehrsverordnung (SVAV) beantragt. Mit der Kommissionsmotion 25.3956 wird der Bundesrat beauftragt, die LSVA-Abgabesätze ab 2027 so anzupassen, dass die nach dem Landverkehrsabkommen (LVA) mit der EU zulässige Ausschöpfung erreicht wird. Damit sollen der Bahninfrastrukturfonds (BIF), die verfassungsmässige Verlagerung des Transitgüterverkehrs von der Strasse auf die Schiene sowie das Verursacherprinzip im Güterverkehr gestärkt werden.

Empfehlung

Die Umweltallianz empfiehlt dem Nationalrat, der Mehrheit der KVF-N zu folgen und die Motion anzunehmen.

Begründung

Der Schwerverkehr deckt seine externen Kosten nur ungenügend; jährlich bleiben über 3 Milliarden Franken an Umwelt-, Gesundheits- und Unfallkosten ungedeckt. Die von der KVF-N vorgeschlagene Anpassung der LSVA-Sätze bleibt mit 0,1 Rappen pro transportierte Tonne und Kilometer zwar gering, erhöht jedoch die Kostenwahrheit, trägt zur Internalisierung externer Effekte bei und stärkt damit den Umwelt- und Gesundheitsschutz.

Gleichzeitig verbessert eine moderate Erhöhung der LSVA die Wettbewerbsbedingungen zwischen Strasse und Schiene und unterstützt die umweltfreundliche Verlagerung des Güterverkehrs gemäss dem Verfassungsauftrag (Art. 84 BV).

Durch die Ausschöpfung der nach LVA zulässigen Abgabesätze könnten laut Bundesrat rund 68 Millionen Franken Mehreinnahmen pro Jahr erzielt werden. Zwei Drittel dieser Mittel fliessen in den Bahninfrastrukturfonds (BIF) und stärken so die Finanzierung und Leistungsfähigkeit der energieeffizienten und klimafreundlichen Schiene.

Kontakt

Pro Alps, Silvan Gnos, silvan.gnos@proalps.ch, T 041 552 81 02

Zusätzliche Empfehlungen zu traktandierten Geschäften

25.3231	Mo. Müller Damian. Anpassung der RAUS-Bestimmungen im Sinne von Umwelt und Tierwohl	Ablehnen
23.3783	Mo. Schaffner. Brenn- und Treibstoffbesteuerung nach Energiegehalt	Abgeänderte Version (=Minderheit Grossen) Annehmen
24.303	Kt.Iv. GE. Die Anliegen der Schweizer Landwirtinnen und Landwirte ernst nehmen	Ablehnen

Empfehlungen für traktandierte Geschäfte gemäss separaten Listen

	Parlamentarische Initiative 1. Phase	
24.414	pa. Iv. Mahaim. Referenzpreise zum Schutz der landwirtschaftlichen Produktion	Ablehnen

UMWELTALLIANZ

Standpunkte

Die Umweltallianz ist ein Zusammenschluss der sechs grossen Schweizer Umweltorganisationen mit dem Ziel der optimalen Koordination der politischen Aktivitäten. Die Geschäftsstelle der Umweltallianz ist in Bern.

Umweltallianz, Postgasse 15, Postfach 817, 3000 Bern 8
T 031 313 34 33, info@umweltallianz.ch, www.umweltallianz.ch

Mitglieder

BirdLife Schweiz
BirdLife Schweiz, Wiedingstrasse 78, Postfach, 8036 Zürich
T 044 457 70 20
www.birdlife.ch

Greenpeace
Greenpeace, Postfach, 8031 Zürich
T 044 447 41 41
www.greenpeace.ch

Pro Natura
Pro Natura, Postfach, 4018 Basel
T 061 317 91 91
www.pronatura.ch

Schweizerische Energie-Stiftung SES
SES, Sihlquai 67, 8005 Zürich
T 044 275 21 21
www.energiestiftung.ch

Verkehrs-Club der Schweiz VCS
VCS, Aarbergergasse 61, Postfach 8676, 3001 Bern
T 031 328 58 58
www.verkehrsclub.ch

WWF
WWF Schweiz, Postfach, 8010 Zürich
T 044 297 21 21
www.wwf.ch

Kooperationspartner

Pro Alps
Pro Alps, Hellgasse 23, 6460 Altdorf UR
T 041 870 97 81
www.proalps.ch

Naturfreunde Schweiz
Naturfreunde Schweiz, Postfach, 3001 Bern
T 031 306 67 67
www.naturfreunde.ch

Umweltrating

Die Umweltallianz analysiert regelmässig, wie umweltfreundlich Parlamentarierinnen und Parlamentarier abstimmen, siehe www.umweltrating.ch. Grundlage bilden die in den Standpunkten beschriebenen Geschäfte.